

Die Zauberlehrlinge

Die Krise der Europäischen Union, , Liga für die Fünfte Internationale, Kapitel 3, Broschüre der Gruppe ArbeiterInnenmacht, April 2019

Während die europäischen Staats- und Regierungschefs in den 1990er und frühen 2000er Jahren die EU als ein schnell voranschreitendes Projekt präsentierten, das die Bevölkerung mit „großen Visionen“ bombardierte, sind diese Visionen in letzter Zeit verblasst und durch Albträume von nationalen Gegensätzen, neu errichteten Grenzzäunen und der Gefahr, dass andere Austritte dem Brexit folgen könnten, ersetzt worden.

Nur der französische Präsident Emmanuel Macron präsentiert noch regelmäßig große „Pläne für Europa“, die aber bewusst vage sind, wenn es um die Frage geht, wer diese Reformen finanziert und wie. Deutschland weigert sich eindeutig, dies zu unterschreiben und für sie zu bezahlen. Der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, Präsident Macron und die immer noch zentrale Figur der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel sind wie Zauberlehrlinge, die die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden. Indem sie die GriechInnen „mit gutem Beispiel vorangetrieben“ haben, indem sie eine Reihe von Ländern, die so genannten PIIGS (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien), zu Sparpolitik zwangen und den in Wahlen und Referenden zum Ausdruck gebrachten Volkswillen ignorierten, haben sie die schlafenden Hunde des nationalen Chauvinismus und Rassismus geweckt.

Die RassistInnen und RechtspopulistInnen wie der italienische Innenminister Matteo Salvini oder die führende französische Oppositionspolitikerin Marine Le Pen sehen die Zeit gekommen, der EU ihre rechtsgerichtete Agenda aufzuzwingen, eine Agenda, bei der sie außer Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wenig verbindet. Die nächste Wirtschaftskrise, die Frage, wer die italienischen Schulden bezahlt, wird die Einheit der verschiedenen NationalistInnen in Frage stellen. Jeden Tag zeigen die EU-Institutionen, wessen „Kind“ sie sind, wessen Interessen sie bedienen und vertreten, sicherlich nicht die der 512 Millionen EU-BürgerInnen, sondern die Interessen des Kapitals.

Für die ArbeiterInnen dieses Kontinents, die RentnerInnen, die Studierenden, die LandwirtInnen und die Arbeitslosen haben der Binnenmarkt und die EU-Institutionen den Wettbewerb intensiviert, die Löhne gedrückt, die Preise erhöht, die Sozialsysteme ruiniert und sie sind somit voll verantwortlich für den Rechtsruck.

Für die großen Konzerne, die Banken und die Reichen hat sich die EU ausgezahlt. Die Gewinne sind gestiegen, die Märkte und alle wirtschaftlich Tätigen wurden wie nie zuvor ausgebeutet. Aber auch für das Kapital brachte dies die Unterordnung der schwächeren Formationen unter die wettbewerbsfähigeren oder deren Zusammenbruch.

Während sich das Großkapital wirtschaftlich durch die EU deutlich stärken konnte, mussten die Ambitionen, eine Weltmacht zu

werden, fallen gelassen werden. Selbst gegen den krisengeschüttelten und schwächer werdenden Welthege, den US-Imperialismus, kann sich die EU trotz Trumps Beleidigungen und Drohungen nicht behaupten. Schwankende Schritte in Richtung einer gemeinsamen Außenpolitik werden täglich durch die nationale kapitalistische Realität der EU gestoppt, so dass sich die „Außenpolitik“ der EU heute auf die Diplomatie unter ihren fraktionierten Mitgliedern beschränkt, während diese unterschiedlichen kapitalistischen Interessen nach außen hin einfach nicht vereint auftreten können.

Im Jahr 2019 hegen die meisten führenden bürgerlichen PolitikerInnen keine „Visionen“ mehr für die EU. Nur die Verteidigung eines bedrohten Status quo scheint als gemeinsames Ziel denkbar. Als Ergebnis eines Jahrzehnts von Spar- und Krisenpolitik haben sich trotz der Errungenschaften des gemeinsamen Binnenmarkts seit 2001 kapitalistische Widersprüche angesammelt und eine Krise auf Leben und Tod für die Europäische Union eröffnet.

Die Europawahlen 2019 werden diese Widersprüche noch einmal deutlich machen und die verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte werden aufzeigen, dass sie entweder keine Antwort auf die Krise der EU geben können oder dass ihre „Antworten“ die EU in eine reaktionäre Richtung zerreißen würden.

Die konservativen, liberalen und grünen Parteien unterscheiden sich durch gegensätzliche Bindungen an die „europäische“ Einheit und an nationale Interessen, aber sie eint das Ziel, eine kapitalistische Agenda mit leeren Reformversprechen zu verbinden. Sie versuchen, sich als „demokratisches“ Bollwerk gegen die Rechte zu präsentieren und bauen ihre eigene Politik auf den undemokratischen Institutionen der EU auf.

Die Rechte, die bereits bei den EU-Wahlen 2014 massive Gewinne erzielte, ist das deutlichste Zeichen für bürgerlichen Verfall und Zerfall. Verschiedene kleinbürgerliche Kräfte und auch Sektoren des Großkapitals präsentieren Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus als die wichtigsten Antworten auf die wachsende imperialistische Krise. Der Rückzug auf den nationalen Markt, den Staat und eine „ethnisch homogene“ oder „identitäre“ Vorstellung vom „Volk“ befeuern eine offene und aggressive Form des Nationalismus. Aber jede herrschende Klasse, unabhängig von ihren internationalen (imperialistischen) Interessen, muss auf den Nationalismus zurückgreifen, um die Nation für ihr eigenes Interesse zu „vereinen“. Selbst die faschistischen Gruppen kommen gestärkt aus ihren Löchern, bereit zu jeder noch so schmutzigen Gewalt gegen die ArbeiterInnen, MigrantInnen und unterdrückten Schichten, wenn sich die Krise verschärft.

In einer solchen Zeit können nur die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten die Einheit der arbeitenden Menschen auf dem ganzen Kontinent gegen die RassistInnen und diejenigen, die bewusst Spaltung und zukünftige Konflikte säen, bewahren und erweitern.

Dazu bedarf es einer international koordinierten Politik und eines Aktionsprogramms gegen die anhaltenden Angriffe

und einer Antwort der ArbeiterInnenklasse auf die europäische Krise. Die offiziellen FührerInnen der ArbeiterInnenbewegung scheuen davor zurück und kokettieren sogar mit Nationalismus und Populismus. In der Vergangenheit haben sie es versäumt, die Verteidigung gegen die Sparpakete zu organisieren und zu generalisieren. Stattdessen haben sie den Konkurrenzbedürfnissen des nationalen Kapitals und der „Sozialpartnerschaft“ nachgegeben. Vor den EU-Wahlen 2019 können wir beobachten, dass die sozialdemokratischen und Labour-Parteien zwischen einer vorgetäuschten Form des europaweiten Sozialreformismus und einem Schwenk zur nationalistischen Anpassung oszillieren. Die „Linksparteien“ sind zwischen linkem Reformismus und Linkspopulismus gespalten. Dieses Versagen wird von der „radikalen“, sozialistischen, kommunistischen Linken nicht aufgegriffen. Im Gegenteil, einige versuchen, die Auflösung der EU von links (Lexit) zu unterstützen, wie beim „Brexit“. Das Problem wird auch nicht durch den kosmopolitischen paneuropäischen Populismus von Yanis Varoufakis beantwortet. Was völlig fehlt, ist eine Perspektive des europäischen Klassenkampfes, wie die EU mit Hilfe des Klassenkampfes bekämpft werden kann und wie ein Europa ohne EU, Kapitalismus und den Rechtsruck aussehen könnte.